

Weg mit dem Regress!

Nur noch in der Steiermark gibt es die Zuzahlungspflicht (Regress) für Angehörige für den Aufenthalt im Pflegeheim oder für die Mindestsicherung. Das ist unsozial und ungerecht. Die KPÖ kämpft für die Abschaffung des Regresses.



Überall - wie hier am Knittelfelder Hauptplatz - sammelt die KPÖ Unterschriften gegen den Regress.

Wir sammeln Unterschriften für eine Petition an den Landtag. Diese Aktion läuft bis Mitte September. Steiermarkweit haben wir schon über 10.000 Unterschriften. Der Druck wächst.

Auch in den Gemeinderäten, in denen die KPÖ vertreten ist, stellen wir den Antrag die Gemeinden sollen vom Land die Abschaffung des Regresses fordern. In Knittelfeld, Zeltweg oder Spielberg wurden diese Anträge bereits angenommen. Auch die Gewerkschaft fordert die Abschaffung des Regresses. Das alles zeigt, der Druck an der Basis steigt. Nur die Landesspitze von SPÖ und ÖVP ist offensichtlich schon so abgehoben, dass sie keine Ahnung haben wie es den Menschen unten geht.

Wenn sich viele Menschen einbringen, besteht die Chance, dass SPÖ und ÖVP im Land gezwungen sind den Regress abzuschaffen.



Auf der Rückseite unserer Zeitung ist eine Unterschriftenliste. Bitte ausfüllen und einschicken!!!!

**Jede Unterstützung ist wichtig.
Dort wo die KPÖ im Gemeinderat vertreten ist,
haben wir Anträge gestellt.
Folgender Antrag wurde auf Initiative der
KPÖ in Knittelfeld einstimmig beschlossen:**

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld spricht sich für die Abschaffung der Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und BezieherInnen der Mindestsicherung aus und fordert das Land Steiermark auf, diesen Regress abzuschaffen und sich weiterhin mit Nachdruck für eine österreichweit einheitliche, sozial verträgliche Lösung in der Frage der Pflegefinanzierung einzusetzen.

Begründung:

Bedauerlicherweise wurde der Pflegeregress in der Steiermark im Sommer 2011 per Verordnung wieder eingeführt. Damit ist die Steiermark nunmehr das einzige Bundesland, in dem bei bestimmten Leistungen, wie die Unterbringung in einem Pflegeheim oder dem Bezug der Mindestsicherung, je nach Einkommen, eine Zuzahlung (Regress) vorgeschrieben wird. Dabei haften Ehegatten, Eltern für ihre Kinder und umgekehrt.

Bereits ab einem Einkommen von € 1.286,-- (€ 1.500,-- , wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) muss ein Kostenersatz geleistet werden. Es gibt keine Indexanpassung. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird keine Rücksicht genommen. Auch diverse Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Budgetäre Nöte des Landes Steiermark können keine brauchbare Erklärung dafür sein, an dieser unsozialen und österreichweit einzigartigen Regelung festzuhalten.

Knittelfeld- Apfelberg: Nein zur Zwangsfusion

Die Landesregierung will, dass die Gemeinden Knittelfeld und Apfelberg zusammengelegt werden. Nach den Vorstellungen von SPÖ und ÖVP sollen von den derzeit 542 bis zum Jahr 2015 nur mehr 285 Gemeinden übrig bleiben.

Dagegen gibt es Widerstand. Die „Steirische Gemeindeinitiative“ ist ein Zusammenschluss von über 120 steirischen Gemeinden, die mit der Gemeindestrukturreform des Landes Steiermark nicht einverstanden sind. Auch die Gemeinde Apfelberg hat sich dieser Initiative angeschlossen. Kernforderung der Initiative ist, dass Gemeinden vor einer Fusion eine verpflichtende Volksabstimmung durchführen müssen. Weiters soll gesetzlich verankert werden, dass Zwangsfusionen nicht möglich sind.

**Und bist du nicht willig,
so brauch ich Gewalt**

Man würde meinen, diese Forderungen müssten in einer Demokratie selbstverständlich erfüllt werden. Nicht so bei SPÖ und ÖVP. In der letzten Landtagssitzung wurde, gegen die Stimmen der KPÖ, die Anliegen der Gemeindeinitiative von SPÖ und ÖVP vom Tisch gefegt. Damit ist klar: Zuerst gibt es „Fusionsprämien“ bis zu 200.000 Euro pro Gemeinde und die Erhöhung der BürgermeisterInnenbezüge. Wenn diese „Lockangebote“ nicht ziehen, setzt das Land auf Zwangszusammenlegungen.

Zusammenlegung Knittelfeld-Apfelberg

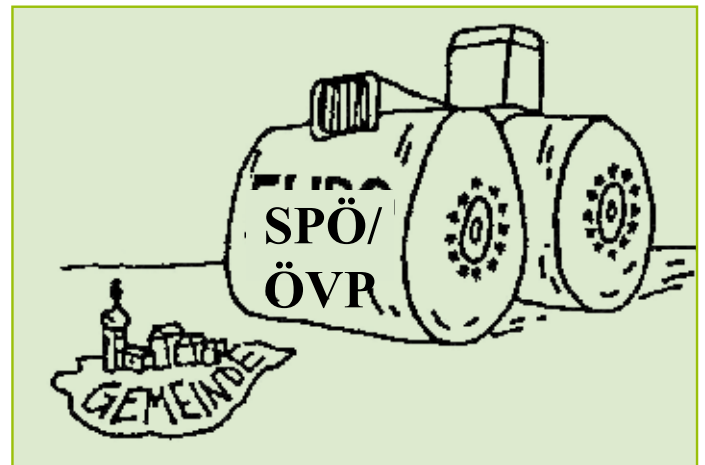
Die KPÖ hat vor mehreren Jahrzehnten die Forderung nach Eingemeindungen, auch von Apfelberg, nach Knittelfeld erhoben. Denn Knittelfeld hat auf Grund seiner kleinen Fläche nur mehr wenig Entwicklungsmöglichkeiten. Aber unser Vorschlag fand keinerlei politische Unterstützung.

In den letzten Jahrzehnten hat sich viel getan. Inzwischen haben sich die Nachbargemeinden eigenständig entwickelt. Eigene Kindergärten, Volksschulen und andere Gemeindeeinrichtungen wurden eröffnet. Deshalb haben wir die Forderung nach Eingemeindungen fallen gelassen. Weil sie uns nicht mehr als durchsetzbar erschien und auch nicht den Wünschen der BürgerInnen entsprach.

Es ist eigenartig: Früher wurde unser Vorschlag nicht unterstützt. Die Infrastruktur in den Gemeinden wurde ausgebaut. PolitikerInnen waren bei jede Eröffnung dabei - und jetzt wird alles in Frage gestellt.

Es geht um Einsparung - nicht um Verbesserung

Wir meinen, das Misstrauen der Gemeinden ist berechtigt. Die Gefahr, dass durch Gemeindezusammenlegungen die Auflösung gewachsener Kommunalstrukturen vorangetrieben wird ist sehr groß. Denn bei dieser so genannten „Reform“ geht es nicht um Verbesserungen, sondern um Einsparungen. Damit ist die Infrastruktur von Klein- und Randgemeinden, wie z.B. Schulen, Kindergärten oder Freizeiteinrichtungen in Gefahr. Das wäre ein tiefer Einschnitt in die Lebensqualität der Menschen.



In den Gemeinden besteht die größte Nähe zur Politik und zu den PolitikerInnen. Die Politik ist durchschaubarer und es gibt die meisten Möglichkeiten zur Mitgestaltung. In den Gemeinden gibt es auch die größte Bereitschaft zu Engagement und Ehrenamtlichkeit. Je größer eine Gemeinde ist, desto mehr geht das alles verloren.

LH Voves redet von einem Sparpotenzial von 45 Millionen Euro pro Jahr (!) durch Gemeinde- und Bezirkszusammenlegungen. Das geht nur durch massive Einschnitte bei den Arbeitsplätzen, der Infrastruktur und den Leistungen für die Bevölkerung. Wie soll das die Regionen stärken?

Es wird so getan, als ob durch größere Gemeinden die Probleme der Regionen gelöst würden. Das ist Wunsdenken oder bewusste Fehlinformation. Der Topf der Mittel für die Gemeinden ist gedeckelt. Bekommen einige Gemeinden mehr, dann geht das zu Lasten von anderen Gemeinden – ein Nullsummenspiel.

Demokratie sieht anders aus

In Apfelberg gab es eine BürgerInnenbefragung. Dabei haben sich 77,3% bei einer Wahlbeteiligung von 75,1% für die Eigenständigkeit ausgesprochen. Ursprünglich wollte die Landesregierung die Zusammenlegung von Knittelfeld, Spielberg, Apfelberg, Flatschach und St. Margarethen. Spielberg hat sich erfolgreich gewehrt, aber über die ApfelbergerInnen wird drübergefahren.

Mit Lockangeboten (Fusionsprämie) und Zeitdruck will das Land Zusammenlegungen durchsetzen. Denn die Fusionsprämie des Landes ist nur bis Herbst befristet. Wir hören immer dass gespart werden muss. Wenn es aber darum geht, dass die Mächtigen ihre Vorstellungen durchsetzen, ist plötzlich ist sehr viel Geld vorhanden.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

Dabei wird nicht geschaut, was die einzelnen Gemeinden brauchen, sondern wer ist bereit dem Willen von Voves und Schützenhöfer nachzukommen. Geldsegen für die Willigen, Zwangsfusionierung für die anderen - so etwas wird auch Erpressung genannt. Viele Gemeinden werden wohl noch schnell Fusionsbeschlüsse fassen. Damit wird eine echte Diskussion über Vor- und Nachteile unmöglich. Der Wille der Bevölkerung bleibt sowieso auf der Strecke.

Die KPÖ lehnt Gemeindezusammenlegungen nicht grundsätzlich ab. Aber die Fusion muss von den GemeindebürgerInnen gewollt sein und der Bevölkerung nutzen - **und das ist beim jetzigen Kürzungskurs von SPÖ und ÖVP nicht zu erwarten.**

Gemeindezusammenlegungen müssen von unten wachsen - und das ist ein langfristiger Prozess. Dazu benötigt es eine offene und ehrliche Debatte und anschließend eine verbindliche Volksabstimmung in allen betroffenen Gemeinden.

Was jetzt als „Reform“ verkauft wird, ist in Wahrheit ein Freispiel von Millionen an öffentlichen Mitteln, die hier eingespart und dann zur Banken-, EURO- und Kapitalismusrettung umgeleitet werden.

Immer wird über die Politikverdrossenheit der Menschen gejammert. Aber die kommt nicht von ungefähr. Oben wird alles getan um bestimmte Ziele durchzusetzen. Regt sich Widerstand, wird er niedergebügelt. Die Gemeindezusammenlegungen sind das beste Beispiel dafür. Gehen die Zusammenlegungen so durch, wie es sich Landes-SPÖ und ÖVP vorstellen, dann ist das wohl nur der Anfang - und die Zusammenlegungswelle geht weiter

Der Knittelfelder Bürgermeister Siegfried Schafarik hat dem Knittelfelder Gemeinderat berichtet, dass es erste Gespräche zwischen Karl Bacher, dem Bürgermeister von Apfelberg, dem künftigen Bürgermeister von Knittelfeld Gerald Schmid und ihm gegeben habe.

Die KPÖ hat deutlich gemacht, dass sie gegen ein „Drüberfahren“ über die ApfelbergerInnen und gegen eine Zwangszusammenlegung ist.

Bürgermeisterbezüge: Erhöhung um bis zu 54%

SPÖ und ÖVP nutzen die Gemeindezusammenlegungen um auch die Bezüge der BürgermeisterInnen tüchtig anzuheben. So wie es ein „Fusionszuckerl“ von bis zu 200.000 Euro für fusionswillige Gemeinden gibt, so fließt auch der Geldsegen für GemeindepolitikerInnen. Damit will man wohl den Widerstand gegen die Gemeindezusammenlegungen abkaufen.

Ab 2014 werden die Bezüge der BürgermeisterInnen deutlich erhöht, je nach Gemeindegröße zwischen 11,7 und 53,8%. Zum Beispiel bekommt der Knittelfelder Bürgermeister künftig 6.230 statt jetzt 5.399 Euro. Welche andere Berufsgruppe (mit Ausnahme von Managern) kann sich über solche Steigerungen freuen?

Die Bezüge sollen künftig automatisch steigen. Außerdem erhöht sich das BürgermeisterInnengehalt um weitere 25% wenn kein Nebenberuf ausübt wird. Neu sind auch Gehälter für OrtsteilbürgermeisterInnen. Hier geht es aber nicht nur um BürgermeisterInnen. Abgeleitet von diesem Bezug erhöhen sich automatisch die Einkommen der VizebürgermeisterInnen und des Gemeindevorstandes. Sie alle können sich über deutliche Erhöhungen freuen.

Die KPÖ lehnt das ab. Wir stimmten im Landtag dagegen. Die bisherigen Bezüge sind im Vergleich zu den Löhnen und Pensionen schon jetzt sehr hoch. Wir sind dafür die Bezüge in kleineren Gemeinden maßvoll zu erhöhen, aber wir sind gegen die Erhöhung in Gemeinden über 5.000 EinwohnerInnen und auch gegen die automatische Anpassung.

Wir fordern auch eine Unvereinbarkeitsregelung (Berufsverbot) für BürgermeisterInnen von Gemeinden über 10.000 EinwohnerInnen. Gemeinden dieser Größe können nicht mehr als Nebenjob registriert werden. All diese Überlegungen hat die KPÖ im Landtag als Antrag eingebracht, sie wurden von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen abgelehnt.

BürgermeisterInnenbezüge, brutto monatlich, 14 x pro Jahr, gerundet

Einwohner	jetzt	ab 2014	Einwohner	jetzt	2014
bis 500	1.495	2.077	7.001 - 10.000	4.320	5.399
501 - 1.000	1.875	2.492	10.001 - 20.000	5.399	
1.001 - 2.000	2.160	3.323	10.001 - 15.000*		6.230
2.001 - 3.000	2.575	3.738	15.001 - 20.000*		7.061
3.001 - 5.000	2.824	4.153	20.001 - 30.000	7.060	7.892
5.001 - 7.000	3.655	4.984	über 30.000*		8.307

* Diese Gliederungen sind neu und gelten ab 2014

*Wir wünschen allen Apfelbergerinnen
und Apfelbergern einen erholsamen
Urlaub und einen schönen Sommer!*

KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler,
Werner Murgg und die KPÖ

Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird in den Medien darüber berichtet. Unsere Internetadresse: www.kpoe-steiermark.at



MITMACHEN!



Ändere die Welt - Sie braucht es

Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungswalze aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at



Weg mit dem Regress!

In der Steiermark haben Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung ein hartes Los.

Bereits bei einem Einkommen ab 1286 Euro monatlich (1.500 Euro, wenn man kein Urlaubs- oder Weihnachtsgeld bezieht) müssen sie Kostenrückerstattung leisten. Eine Indexanpassung (Valorisierung) gibt es nicht. Auf andere Unterhaltsverpflichtungen (Kinder, Ehepartner) wird beim Regress keine Rücksicht genommen. Auch individuelle Notlagen bleiben unberücksichtigt.

Viele hilflose ältere Menschen sind verzweifelt, wenn sie erfahren, dass das Land ihre Kinder zur Kasse bittet, weil sie zum Pflegefall geworden sind!

Der Regress kommt einer stillen Enteignung der Betroffenen gleich.

Nach seiner Abschaffung in Kärnten ist der unfaire und unsoziale Regress für Angehörige nur noch in unserem Bundesland in Kraft!

Petition an den Steiermärkischen Landtag:

Der Landtag wird aufgefordert, die 2011 eingeführte Kostenbeteiligungspflicht (Regress) für Angehörige von pflegebedürftigen Personen und Bezieher/innen von Mindestsicherung abzuschaffen.

Name	Adresse	Geb-Datum	Unterschrift

Bitte unterschreiben und an die KPÖ-Knittelfeld schicken.